

Koalitionsvertrag lässt ambitionierte Ziele für eine zukunftsfähige Ernährung in Hamburg vermissen

Pressemitteilung des Verbraucher*innenbündnisses Bio-Stadt Hamburg

Hamburg, den 04.06.2020

„Wir schaffen ein House of Food. [...] Den Bioanteil in den Schulen und Kitas erhöhen wir auf 100 % bis 2025 [...]“¹

„Dies steht unter dem Stichwort Ernährung im neuen rot-grünen Koalitionsvertrag, aber nicht in dem von Hamburg, sondern seit dem 3.Mai in dem von München,“ sagt Astrid Matthiae vom Ernährungsrat Hamburg.

Rot-Grün hätte die Corona-Krise dazu nutzen können, mutige und zukunftsweisende Zielvorgaben für eine nachhaltige Landwirtschaft, Lebensmittelversorgung und Ernährung in der Hansestadt Hamburg im vorliegenden Koalitionsvertrag festzuschreiben. Stattdessen bleibt es bei vagen Absichtserklärungen und Empfehlungen, so das Fazit des Verbraucher*innen Bündnis Bio-Stadt Hamburg. Das Bündnis steht für einen zivilgesellschaftlichen Dialog bereit, um aus dem Papiertiger verbindliche Ziele und konkrete Umsetzungspläne Wirklichkeit werden zulassen. Denn wir sind uns sicher, Hamburg kann mehr.

Seit Februar 2016 haben sich Städte in Deutschland zum Netzwerk der Biostädte zusammengeschlossen. Hamburg ist im Herbst 2016 dem Netzwerk beigetreten und nennt sich seitdem Bio-Stadt.

Im neuen Hamburger Koalitionsvertrag finden sich zum Thema Ökologisierung der Landwirtschaft zwar auch Zahlen – so sollen bis 2025 20 – 25% der landwirtschaftlichen Flächen erfreulicherweise ökologisch bewirtschaftet werden. Wer die ökologisch angebauten Produkte denn abnehmen soll, dazu machen die Hamburger Koalitionspartner*innen aber zu vage Angaben.

Im Koalitionsvertrag heißt es nur:

„Wir werden in dieser Legislaturperiode den Einsatz von Ökoprodukten insbesondere regionaler Herkunft in öffentlichen Einrichtungen der Stadt stärken und kontinuierlich erhöhen.“² Eine „Umstellung auf den ökologischen Landbau [soll] marktgerecht ermöglicht werden“³.

„Dass der „Markt“ es im notwendigen Maße aber eben nicht richtet, haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt. Probleme, wie das Artensterben, der Klimawandel und Nitrat im Grundwasser, an denen die Landwirtschaft ihren Anteil hat, werden seit Jahren größer“, sagt Sebastian Wenzel von Slowfood Hamburg.

¹ „Mit Mut Vision und Zuversicht: Ganz München im Blick – Koalitionsvereinbarung für die Stadtratsperiode 2020-2026“, S.10

² „Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten; Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft“, S. 58

³ Eben da

„Es braucht daher auch in Hamburg einen konkreten Anstieg des Bio-Anteils in öffentlichen Kantinen. Auch Hamburg sollte dem Beispiel des Kopenhagener „House of Food“ folgen und die notwendige Fortbildungs- und Beratungsarbeit für eine kostengünstige Umstellung auf Bio-Lebensmittel in öffentlichen Kantinen finanzieren“, fordert Julia Sievers von der Agrar Koordination.

Das Verbraucher*innenbündnis setzt sich dafür ein, dass in den öffentlichen Kantinen der Stadt Hamburg 30% Bio-Lebensmittel bis Ende 2021 und mindestens 90% Bio-Lebensmittel bis 2026 eingesetzt werden. Hamburger Caterer, die zum Teil seit Jahrzehnten beispielsweise Kitas kostenneutral mit 100% Bio-Essen beliefern, zeigen, dass es geht.

Das Bündnis weist darauf hin, dass Städte wie München, Bremen und Berlin sich bereits mit ambitionierten Mengenzielen für einen überschaubaren Zeitrahmen auf den Weg gemacht haben. Unser nördlicher Nachbar Kopenhagen ist ein besonderes Vorbild - die Metropole hat rund 900 städtische Kantinen fast komplett auf Bio umgestellt. Auf der Veranstaltung „100% Bio: Was tut die Hamburger Politik für gesundes und umweltfreundliches Essen?“ vor der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft hat das Verbraucher*innenbündnis Bio-Stadt Hamburg über diese Beispiele informiert.

Bei aller Kritik hebt das Verbraucher*innenbündnis auch positive Aspekte im Koalitionsvertrag hervor:

"Wir freuen uns, dass Hamburg, wie von uns vorgeschlagen, die Ressorts Umwelt und Klima mit der Landwirtschaft in einer Behörde zusammenfasst. Senator Kerstan bieten wir eine konstruktive, ambitionierte Zusammenarbeit an, damit Hamburg in naher Zukunft den Titel Bio-Stadt zu Recht trägt“, sagt Alexandra Wandel, Vorstandsvorsitzende der Stiftung World Future Council.

„Wir begrüßen die Absicht der Koalition die Einhaltung des Hamburger Mindestlohns ‘auch für Auftragnehmer*innen bei städtischen Vergaben‘ gelten zu lassen. Nicht zuletzt Billigfleisch und die damit verbundenen mehr als fragwürdigen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie wären damit vom Tisch.“, hofft Astrid Matthiae vom Ernährungsrat Hamburg.

Kontakt:

Agrar Koordination, Julia Sievers, +49 40/ 39 25 26, julia.sievers@agrarkoordination.de

Ernährungsrat, Astrid Matthiae, 0152/179 58 105, astridmatthiae@gmx.de

World Future Council, Alexandra Wandel, Mobil: +49 172 748 39 53,

alexandra.wandel@worldfuturecouncil.org

[HIER](#) finden Sie weitere Informationen zum Verbraucher*innenbündnis Bio-Stadt Hamburg.